EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Rechtsausschuss

2008/2234(INI)

21.1.2009

STELLUNGNAHME

des Rechtsausschusses

für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

über Probleme und Chancen bezüglich der Unionsbürgerschaft
(2008/2234(INI))

Berichterstatterin: Lidia Joanna Geringer de Oedenberg

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Rechtsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag aufzunehmen:

1. ist der Meinung, dass ein wirkungsvoller Ansatz zur Information und Kommunikation notwendig ist, um das Bewusstsein der europäischen Bürgerinnen und Bürger für ihre Rechte zu schärfen und ihnen dabei zu helfen, eine aktive Rolle im Entscheidungsprozess der Europäischen Union zu spielen und so eine echte Ausübung partizipativer Demokratie zu ermöglichen;

2. betont, dass die Beteiligung an den Wahlen zum europäischen Parlament der höchste Ausdruck partizipativer Demokratie auf europäischer Ebene ist; hebt hervor, dass die Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 die niedrigste in der Geschichte des Europäischen Parlaments war; ruft deshalb die Kommission dazu auf, die europäischen Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die der neuen EU-Mitgliedstaaten, die in einem anderen Mitgliedstaat als ihrem Herkunftsstaat leben, zu ermuntern, sich an den Wahlen zum Europäischen Parlament sowohl als Wähler/innen als auch als Kandidatinnen/Kandidaten zu beteiligen; begrüßt die auf eine Verringerung der Wahlhindernisse sowohl für potenzielle Kandidaten/Kandidatinnen als auch für Mitgliedstaaten abzielende Initiative der Kommission;

3. unterstützt vollauf die von der Kommission angenommene Strategie zur Lösung der Probleme bezüglich des Zugangs zur Unionsbürgerschaft und unterstützt alle von ihr unternommenen Bemühungen zur Förderung der Integration; hofft allerdings, dass diese Strategie möglichst bald in größerem Ausmaß greifbare Ergebnisse bringen wird;

4. empfiehlt, den europäischen Rechtsraum zu vollenden, um sicherzustellen, dass die grenzübergreifenden Gesichtspunkte der Staatsbürgerschaft betreffend das Privat- und Familienleben unter einen wirksamen Schutz durch gemeinsame Bestimmungen im Bereich des internationalen Privatrechts gestellt werden können; fordert die Kommission in diesem Sinne auf, ein schlüssiges Konzept zu entwickeln und die erforderlichen Legislativvorschläge auf den Weg zu bringen;

5. ist der Ansicht, dass die vorhandenen Ungleichheiten zwischen den Vorschriften über den Zugang zur Staatsbürgerschaft in den Mitgliedstaaten, von der der Erwerb der Unionsbürgerschaft abhängig ist, eine Quelle von Diskriminierungen zwischen aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen je nach dem Mitgliedstaat ihres Wohnsitzes darstellen können; vertraut unbeschadet der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für diesen Bereich darauf, dass diese alle potenziellen Quellen von Diskriminierungen beseitigen werden, und fordert die Kommission eindringlich auf, die ihr zur Verfügung stehenden Gemeinschaftsinstrumente zu nutzen, um sicherzustellen, dass die gemeinschaftlichen Antidiskriminierungsvorschriften ordnungsgemäß umgesetzt werden;

6. erinnert daran, dass das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union eines der wichtigsten gesetzlich garantierten Rechte der europäischen Bürger ist, dessen Wahrnehmung u. a. ein wirksames System zur Anerkennung von Berufsqualifikationen

voraussetzt; fordert deshalb die Kommission und die Mitgliedstaaten eindringlich auf, im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit zu handeln und zu gewährleisten, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, die über eine in einem Mitgliedstaat erworbene Berufsqualifikation verfügen, Zugang zu diesem Beruf in einem anderen Mitgliedstaat erhalten und diesen unter denselben Voraussetzungen wie Staatsangehörige des Aufnahmelandes ausüben können.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	20.1.2009
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 20 –: 0 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Carlo Casini, Bert Doorn, Monica Frassoni, Giuseppe Gargani, Neena Gill, Klaus-Heiner Lehne, Katalin Lévai, Antonio López-Istúriz White, Manuel Medina Ortega, Hartmut Nassauer, Aloyzas Sakalas, Eva-Riitta Siitonen, Francesco Enrico Speroni, Diana Wallis, Rainer Wieland, Jaroslav Zvěřina, Tadeusz Zwiefka
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Eva Lichtenberger, József Szájer, Jacques Toubon